



Erik Blumenfeld
27. März 1915 – 10. April 1997.
Deutscher Unternehmer und
Politiker.
In Hamburg als Sohn eines Kauf-
manns geboren. Schulausbildung
und Abitur in Salem. Kauf-
männische Lehre in England,
Sprachstudien in Frankreich und
Skandinavien. Anschließendes
Studium in Berlin durch Wehr-
dienst abgebrochen. Als „Halb-
jude“ 1941 aus der Wehrmacht
entlassen und im Folgejahr u. a.
nach Auschwitz deportiert. Lebt
nach seiner Freilassung versteckt
in Othmarschen. Nach dem Krieg
erfolgreicher Wiederaufbau der
väterlichen Betriebe (u. a.
Brennstoffhandel). Seit 1946 als
CDU-Mitglied aktiv. Jahrelang
Mitglied der Bürgerschaft,
1961–1980 auch des Bundestages.
Wendet sich seit Mitte der 60er
Jahre zunehmend der Europa-
politik zu. Seit 1973 Mitglied
des Europa-Parlaments.
1989 Rückzug aus der aktiven
Politik.

Erik Blumenfeld

Mitglied des politischen Ausschusses des Europa-Parlaments

„Hat Europa eine Außenpolitik?“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Rolf, darf ich ja wohl sagen, und lieber Amberger!

Ich hatte eigentlich bis zum Schluss auf ein Dichterwort gewartet, was ja meistens der Fall ist bei Einführungen von Rolf Stödter, dem Präsidenten. Aber sei's drum, es ging ja auch ohne. Ich bin sozusagen einer der „Gründerjahre“, der hier vor Ihnen steht, bin soeben aus dem Flughafen gestiegen, aus Straßburg hier eingetroffen. Ich habe diese große Ehre, vor dem Übersee-Club – an dessen Geburt ich nach dem Kriege, wie Sie eben gehört, mitgeholfen habe – sprechen zu dürfen, natürlich etwas zögerlich entgegen genommen. Es hat immerhin siebenunddreißig Jahre gebraucht, bis ich hier einmal stehen durfte und jetzt zu Ihnen reden darf. Sonst saß ich immer dort im Publikum und freute mich über die bedeutenden Redner. Ich hoffe, Sie werden nicht völlig enttäuscht sein, wenn vor Ihnen jemand steht, den Sie – hoffentlich – zwar alle kennen und von ihm gehört, ihn aber hier in dieser Eigenschaft noch nicht erlebt haben.

Ich bedanke mich also ausdrücklich dafür, dass das wahr wurde, was ich nach einer Geburtstagsfeier in diesem Jahr erwartungsvoll von mir gab.

Ich möchte den Versuch unternehmen, das Thema „Europa“ sehr direkt, ohne viele Schnörkel, kurz: hanseatisch anzugehen. Das versteht sich nicht von selbst – Rolf Stödter hat eben schon erwähnt, dass ich in eine Reihe von offensichtlich europäischen Rednern hineingebaut wurde –, denn ursprünglich wollte ich ein hamburgisches Thema mit einigen europäischen Einsprengseln wählen. Aber man hatte mir bedeutet, dass Herr von Dohnanyi wenige Wochen später über „Hamburg kulturell“ oder ähnlich zu Ihnen sprechen werde. Also wählte ich ein umfassendes europäisches Thema mit dem anspruchsvollen Titel „Quo vadis, Europa“. Nur um festzustellen, dass Herr Dr. Vogel, Oppositionsführer in Bonn, wenige Wochen vor mir dieses Thema unter gleichem, nur eingedeutschem Titel beackert habe. Er wird – wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen – den Mitgliedern des Übersee-Clubs nicht sehr viel Neues mitgeteilt haben, sofern er die Rede gehalten hat, die ich liebenswürdigerweise in einem Vorausexemplar zu lesen bekam. Und ich füge hinzu: Es versteht sich, dass ich diese seine Rede mit Interesse gelesen habe; denn jeder Europa-Parlamentarier ist immer versucht, nach neuen Gedanken und neuen Formulierungen Ausschau zu halten, wenn er meint, dass er von ihnen profitieren könnte, zumal wenn es sich um einen so bedeutenden und hochrangigen Politiker, wie in diesem Falle Dr. Vogel, handelt. Jedoch, was Europa anlangt, suchte ich vergebens. Immerhin wissen wir nach seinem Vortrag, was alles in Europa im Argen liegt und wie viel Schuld daran – laut Dr. Vogel – die Bundesregierung in Bonn trifft. Schuldlos ist die heutige Bundesregierung sicherlich nicht, genauso wenig wie es ihre Vorgängerin war, die das Geschäft ja über zwölf Jahre betrieben hat. Dies wird auch mein Thema aufzuzeigen versuchen.

Lassen wir zunächst die Fakten sprechen, dann eine Analyse, eine Bewertung und einen Vorschlag für das Instrumentarium im Rahmen einer – ein schreckliches Wort – institutionellen Neuordnung europäischer Außen- und Sicherheitspolitik vollziehen.

Ein kurzer Blick auf den Sachverhalt: Die Europäische Gemeinschaft hat auf Wunsch ihrer Gründungsväter mit Rücksicht auf nationale Souveränitätsansprüche – denken wir bitte an die Rolle Frankreichs Mitte und Ende der fünfziger Jahre – die Außenpolitik aus dem Römischen Vertragswerk ausgeklammert und ihr eine Sonderrolle zugewiesen: die Europäische Politische Zusammenarbeit, im Kürzel „EPZ“ genannt. Diese tagt als Außenminister-Gremium ohne vertragsverpflichtende Bindungswirkungen formal mindestens einmal im Vierteljahr, in Praxis heutzutage natürlich mehrfach. Hinzu

kommen so genannte Kamintreffen nach dem Modell Gymnich, wo die Außenminister auf Einladung ihres präsidentierenden Kollegen unter sich, ohne Ministerialbeamte, diskutieren. Freilich, so stelle ich immer wieder mit Vergnügen fest, um hinterher vor den Fernsehkameras und der Presse ihre vertraulichen Gespräche zu interpretieren, sozusagen als Plauderstunde für die heimatliche Öffentlichkeit. Gleichwohl hat dieses Gymnich-Modell seine Vorteile, da die Minister sich sehr viel besser kennen lernen und näher kommen, was angesichts häufigen Personenwechsels durch Regierungsumbildung in den Mitgliedsländern inzwischen einen erheblichen Stellenwert erreicht hat.

Nach der fortentwickelten supranationalen Gemeinschaftspolitik wollten die europäischen Regierungen damals – und das waren die Sechs – auch den Rahmen für die außenpolitische Zusammenarbeit gestalten, sie wollten die nationalen Standpunkte zu harmonisieren versuchen, sie konzentrieren und ihre Handlungsweisen so weit wie irgend wünschenswert zu einem gemeinsamen Handeln bündeln. So ist es nachzulesen im Bericht der Außenminister im Juli 1970. Fünf Jahre später legte der damalige belgische Ministerpräsident Leo Tindemans dem inzwischen auf neun Mitglieder angewachsenen Europäischen Rat sein Dokument vor, welches einen besonderen Akzent auf die Notwendigkeit legte, Europa mit einer Stimme sprechen zu lassen. Einige seiner Vorschläge sind in späteren Jahren in die Praxis umgesetzt worden, aber der Tindemans-Bericht wurde – wie so viele vor und nach ihm – 1977 nur mit Blick auf das anzustrebende Ziel beschlossen, die präzisen Vorschläge zur Erreichung dieser Ziele wurden auf spätere Prüfungsverfahren verwiesen. Man nennt das Begräbnis dritter Klasse.

In den folgenden Jahren haben außen- und vor allem sicherheitspolitische Zwänge eine Weiterentwicklung allerdings gefördert. Tatsächlich auch eine gemeinsame europäische Außenpolitik mit einer Stimme in einer Reihe von Fällen dargestellt. Nach wie vor stellt EPZ jedoch eine bevorzugte Spielweise hoher europäischer Diplomaten dar, deren Grenzen sie mit juristischer Akribie und Zähigkeit erfolgreich gegen die „Europäisierung auf Gemeinschaftsbasis“ verteidigen. Im Brüsseler Europa-Jargon lautet das so: „Der intergouvernementale Charakter der europäischen Konstruktion hat die Tendenz, vor der eigentlichen Integration zu rangieren.“ Man muss sich einen solchen Satz auf der Zunge zergehen lassen, damit Sie, verehrte Zuhörer, verstehen, warum wir Abgeordnete sehr oft frustriert aus Straßburg und Brüssel wieder in unsere Heimatorte zurückkreisen.

Damit bin ich bei der Analyse angelangt. Eine Reihe von gewiss beeindruckenden Erklärungen der Europäischen Gemeinschaft ist sicherlich über die vergangenen beinahe dreißig Jahre zu verzeichnen. Ebenso systematische gemeinschaftliche Festlegungen bei bestimmten internationalen Aktionen oder Veranstaltungen, zum Beispiel die Konferenz in Helsinki und die Nachfolgekonferenz in Madrid betreffend Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, über den Iran, über Polen, um nur einige Beispiele zu erwähnen.

Politische Stellungnahmen im Sinne einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik stellen die europäischen Minister schon auf eine Bewährungsprobe. Sehen wir uns doch einmal an die Krisenherde in Nah-Ost, in Südafrika, in Mittelamerika, um nur diese wenigen zu nennen und nicht die laufenden Fragen von Krisen in Ost-West oder in sonstigen Gebieten der Welt. Große Gegensätze verzeichnen wir bei der Bündnispolitik und bei den Beziehungen Europa-USA. Doch hierüber später mehr.

Bei der Suche nach positiven Elementen gemeinsamer Außenpolitik ist festzuhalten, dass sich nicht nur enge Konsultationen zwischen den hohen Beamten der EG-Hauptstädte entwickelt haben, sondern auch – und ich hebe das hervor, weil das allgemein nicht bekannt ist – unter den diplomatischen Vertretungen bilateral wie multilateral sich ein europäischer Geist und europäisches Denken entwickelt hat. Früher gab es – ohnehin nie ganz verschwunden – solide aufgebaute nationale Rivalitäten. Wenn diese immer mehr zugunsten europäischer Gemeinsamkeit ersetzt werden, dann stellt das – zumindest in meinen Augen – unbestreitbar einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege zu einer gemeinschaftlichen europäischen Politik dar.

Schließlich ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Brüsseler Kommission hierbei eine aktive Rolle spielt, selbst wenn in genau umrissenen Bereichen ihre Teilhabe vom Rat der Minister – sowohl dem Europäischen Rat wie dem Ministerrat – bestritten wird. Auch mit dem Europäischen Parlament hat sich eine Art Dialog entwickelt über die Jahre, wenn ich auch gleich hinzufügen will, dass er wirklich gänzlich unbefriedigend ist aus der Sicht des Parlaments und eigentlich immer nichtssagender, wie die jüngsten Kolloquien mit dem luxemburgischen Außenminister vor wenigen Wochen unter Beweis gestellt haben.

Die Schwächen der Bilanz in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, das heißt in der Außenpolitik, sind unübersehbar:

- a) Sie hat, so wie sie bis heute mit ihrem vielfachen Räderwerk funktioniert, eine Obergrenze erreicht. Akute Herausforderungen sind damit nicht zu meistern.
- b) Der freiwillige Charakter, der sich auf rein politische Texte gründet und keinen wirklich zwingenden Charakter enthält, das heißt keine völkerrechtlich-vertragliche Bindung.
- c) Wegen ihrer intergouvernementalen Struktur kann sie kaum über Reaktionen auf Ereignisse hinausgehen, sehr oft erheblich verspätet mit der Folge, sich bereits getroffenen Initiativen von dritten Ländern, zum Beispiel den USA oder einem anderen wichtigen Land, anzuschließen oder diese zu verwerfen.
- d) Der deklamatorische Charakter, weil Instrumente oder Mittel der Durchsetzung fehlen, erlaubt in fast allen Fällen kaum, über Stellungnahmen hinauszugehen.

Auch die – selbst gewählte – Begrenztheit ist ein ernstes Handicap, da sie nicht erlaubt, global auf politische Ereignisse zu reagieren, sowie entscheidende Bereiche der europäischen Außenpolitik, nämlich Sicherheit und Verteidigung, von gemeinsamen Aktionen bislang ausschloss.

Lassen Sie mich hier der Aktualität halber einfügen, dass die Bundesregierung bei der Eröffnung der so genannten Regierungskonferenz in Luxemburg im September 1985 – das abschließende Treffen der Regierungs- und Staatschefs findet in wenigen Wochen in Luxemburg statt – nachdrücklich verlangte, dass die Europäische Politische Zusammenarbeit jetzt eine vertragliche, völkerrechtlich verbindliche Grundlage erhalten soll als neuen wichtigen Baustein im europäischen Einigungswerk „Die Weichen sollen für eine europäische Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Union gestellt werden“, Ende des Zitats aus Bonn. Ob diese Forderung mehr als deklamatorischen Charakter aufweisen wird, werden wir bald wissen. Ich kann nur hoffen, dass die französisch-deutsche Gemeinsamkeit, die in jüngster Zeit ein bisschen ins Wanken geraten ist – ich will im Augenblick nicht auf die Gründe eingehen –, sich zumindest in dieser Frage durchsetzen wird; denn die Erfahrung hat gezeigt, dass, wenn Frankreich, die Bundesrepublik und Italien keine gemeinsame Linie beziehen, die übrigen europäischen Länder, insbesondere Großbritannien, nicht mitgehen werden.

Die Schwächen und Mängel überwiegen also die positiven Elemente aus meiner Sicht. Lassen Sie es mich einfach andersherum und sehr klar formulieren: Formal haben wir eine Europäische Außenpolitik, de facto ist sie, bei entscheidenden Fragen, nicht existent.

Dies ist die Konsequenz, wie viele meiner Kollegen sie sehen, und das hat tief sitzende Ursachen. Lassen Sie mich einige wenige aufzählen:

Es bestehen unter den zehn Mitgliedsländern – in Kürze zwölf Partnern – wesentliche Meinungsverschiedenheiten über die Rolle, ja selbst Konzeption, mit welcher die Gemeinschaft auf internationaler Bühne politisch handeln soll. Eine „Politik der Stärke“ angesichts der Großmächte unserer Welt oder eher eine bescheidene Rolle im Dienste der Verteidigung der Menschenrechte, wirtschaftlicher, sozialer Strategien und der Annäherung, des Brückenbaus zwischen den Völkern und den Staaten? Neutral, pazifistisch sein? Über diese Dinge gibt es große Meinungsverschiedenheiten, wenn sie wirklich etwas tiefer loten.

Lassen Sie mich weiterhin sagen, dass die Debatte zwischen den Befürwortern eines föderalen oder eines konföderalen Europas bislang nicht zu Ende gebracht worden ist, ja heute stehen sich die unterschiedlichen Auffassungen härter und unversöhnlicher als je gegenüber, und ich weiß nicht, ob der Beitritt Spaniens und Portugals dieses mildern wird.

Und dann muss ich feststellen, dass das Fehlen gemeinsamer Außenpolitik manche Mitgliedsregierungen dazu verleitet, sich in Bereichen der Verteidigungspolitik wie auch der Beziehungen zu den Supermächten eine breite Handlungsfreiheit vorzubehalten. Dieser Wunsch, autonomen Handlungsspielraum verfügbar zu haben, zeigt sich besonders deutlich bei westlichen Gipfeltreffen, wie jüngst am 24. Oktober auf Einladung von Präsident Reagan in New York. Da wurde der Europäischen Gemeinschaft und jenen, die sie repräsentieren, nämlich die Ratsmacht – die alle sechs Monate wechselt – und der Präsident der Kommission, der Franzose Delors, noch nicht einmal ein, ich möchte es nennen, „Beifahrersitz“ zugestanden. Vergeblich hatte das Europäische Parlament am 10. Oktober die direkte Beteiligung eines Vertreters der Europäischen Gemeinschaft bei dieser Vorbesprechungskonferenz – in der es um politische Fragen im Hinblick auf Genf, aber auch um einige andere Fragen ging – gefordert. Wir hatten verlangt, dass ein Vertreter der EG beteiligt sein sollte, und wir meinten, dass Herr Delors, als Präsident der Kommission, mit am Tisch sitzen sollte. Aber es geschah nicht, und das ist schlimm und ist des Platzes und des Ranges unwürdig, den Europa als Handels- und Wirtschaftsmacht international einnimmt.

Dann gibt es die Praxis der größeren EG-Mitgliedsstaaten, sich einen privilegierten Platz zu verschaffen, sobald es um die große, internationale Politik geht. Leider entspricht diese Praxis – und ich will die Namen der Länder nicht nennen, aber Sie können sie an den Fingern einer Hand abzählen – einer ebenso bedauerlichen Entwicklung bei den bevölkerungsmäßigen kleineren europäischen Ländern, wegen ihres reduzierten Einflusses nun auch bestehende Verantwortlichkeiten nicht mehr zu erfüllen oder sich an ihnen zu beteiligen.

Ist dieser Sachstand, beispielhaft aufgeführt, schon besorgniserregend, weil die internationale Entwicklung zwingend ein stärkeres politisches Profil Europas auf der Weltszene verlangt, so gibt mir eine tief sitzende Auffassung bei unseren europäischen Nachbarn und Partnern – Freunden – Veranlassung zu, ja ich will sagen, elementarer Sorge um eine echte europäische Außenpolitik. Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler, vollzog, wie Sie wissen, gegen den erbitterten Widerstand der damaligen sozialdemokratischen Opposition, assistiert von der damals im Bundestag vorhandenen KPD, die Einbettung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis.

Nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft am Widerstand der französischen Nationalversammlung 1954 scheiterte, die Westeuropäische Union – die heute ja wieder zu neuem Leben erweckt werden soll, was ich immer unterstützt habe – als Auffang-Organisation hastig gegründet – der damalige Premierminister Großbritanniens, Anthony Eden, hatte einen hervorragenden Anteil daran –, ihren wahren Charakter als Wachtposten gegen etwaige bundesdeutsche militärische Alleingänge verdeutlichte, hat die Europäische Gemeinschaft seit ihrer Gründung in 1958 nie die Sorge um deutsche Vormachtpositionen abgelegt. Ein wiedervereinigtes Deutschland – neutral oder dem sozialistischen Raum verbunden – würde nicht nur dem Sog der Sowjetunion verfallen, sondern Europa wieder zerstören, so hieß es damals, und so wird es auch heute noch gesagt. Denken wir bitte zurück an die Politik de Gaulles zwischen 1959 und 1964: Sie war von dieser Sorge um eine solche Entwicklung diktiert, auch wenn er daraus einige andere Schlüsse zog, über die ich Sie jetzt nicht informieren will. Die Nachfolger im Elysee-Palast haben ihre nationale und europäische Außenpolitik, ebenso wie ihre Beziehungen zu Moskau, an ebendieser grundsätzlichen Interessenlage orientiert. Erst bei Mitterand erfolgte eine Neuorientierung vor einigen Jahren, die Hoffnung auf eine gemeinsame Politik wachsen lässt. Wenn, ja wenn bei unseren anderen Nachbarn nicht immer noch die tief sitzende Sorge um deutsche Großmachtstellungsmöglichkeiten vorläge. Auch für den Nichtpolitiker – der

nicht jeden Tag die Agenturberichte oder die Fernseh- und Zeitungsnachrichten liest – genügt ein Blick in Presse und Fernsehen, zum Beispiel in Dänemark, in den Benelux-Ländern oder in Italien, um bei spannungsreichen Ereignissen diese Sorge deutlich aufbrechen zu sehen. Was anderes hat denn der italienische Außenminister Andreotti im vergangenen Jahr zur Frage der Wiedervereinigung herausgesprudelt? Dass Giulio Andreotti auch sonst gern kontroverse Positionen bezieht, ändert nichts an diesem Tatbestand. Englands Politik hat seine kühle und distanzierte Beurteilung zu einer gemeinsamen Außenpolitik sowieso nie aufgegeben.

Und wir Deutsche? Wir Deutsche bieten leider sehr viel politisches Material an, um die sorgenvolle europäische Diskussion nicht abebben zu lassen: zum Beispiel der Ruf nach Äquidistanz zu Washington und Moskau, der von SPD und Grünen – nicht allein, aber doch sehr vielen – mit erheblicher Polemik betriebene Kampf gegen das Forschungsprogramm der USA, SDI genannt, welches zum Aufbau eines Abwehrsystems gegen das gewaltige nukleare Raketen-Angriffspotenzial – laut Präsident Reagan und laut der amerikanischen Regierung und vieler, die das objektiv zu betrachten versuchen – führen soll. Der Ruf nach Neutralismus bei uns in Deutschland, aufkommender Nationalismus in der jungen Generation, wortreich verfasst von radikalen Gruppierungen. All dies, auch noch zusätzlich vergrößert, verbreitet und vergröbert durch manche Besserwisser in den elektronischen wie den Printmedien und Wochenmagazinen, treibt die Skepsis leider immer wieder an in den meisten EG-Ländern. Trotz der in diesem Problemkreis eindeutigen Europa- und Bündnishaltung der Bundesregierung in Bonn.

Ich sprach vorhin von der internationalen Entwicklung, der sich Europa stellen muss oder gestellt hat, die in der Tat von einem Klima wachsender Unsicherheit gekennzeichnet ist: An erster Stelle sei der Nahe Osten genannt. Hier gibt es zwar eine gemeinsame Erklärung der Zehn aus dem Jahre 1979, aber erheblichen Dissens über praktische Schritte oder politische Aktionen in den darauf folgenden Jahren.

Um Ihnen, meine Damen und Herren, auch wirklich einmal – quasi aus dem Nähkästchen – einen Blick hinter die Kulissen zu ermöglichen, will ich berichten, was mir ein befreundeter Außenminister, Teilnehmer an der Sitzung, welche die „Venedig“-Erklärung beschloss, vor Jahren erzählte. Ein Entwurf auf Referentenebene, in Brüssel und in nationalen Hauptstädten erarbeitet, passierte ohne viele Änderungen die Ebene der politischen Direktoren und wurde demgemäß der Außenministerkonferenz unterbreitet. Ich will im Übrigen vermerken, dass ich den Referentenentwurf, da ich damals Obmann im Politischen Ausschuss des Europäischen Parlaments war, auf den Tisch bekam, aber nicht etwa von einem unserer Mitgliedsländer, sondern von dem Botschaftsrat eines neutralen Landes, das in Brüssel akkreditiert ist. Wie viele andere haben den Entwurf wohl außer mir bekommen, habe ich mich damals gefragt. Nun, von den Ministern wurde der Entwurf zur Lage in Nah-Ost mit Lösungsvorschlägen für einen dauerhaften Frieden durch die Europäer mit nur geringfügigen Änderungen angenommen. Das könnte für die Qualität der Vorarbeit auf Beamtenebene sprechen. Als ich jedoch den mir befreundeten Außenminister fragte – und es war nicht Herr Genscher –, wie lange sie über diese grundsätzliche Nah-Ost-Erklärung diskutiert hätten, lautete die Antwort: Noch nicht einmal eine halbe Stunde. Meine Damen und Herren! Diese „Venedig“-Erklärung, die auch heute noch von allen europäischen Regierungssprechern und Außenministern immer wieder vollmundig vorgetragen wird, war ja wohl nicht eine nur mal so abgegebene Erklärung, sondern sie war eine ganz bewusst als bedeutende politische Erklärung gekennzeichnet, nennen wir sie ruhig, Willenserklärung der europäischen Länder, und über diese diskutieren die Minister noch nicht einmal eine halbe Stunde. Wahrscheinlich waren das Wetter in Venedig, die kulinarischen Genüsse oder wählervriendliche Themen wichtiger. Das Schicksal dieser „Venedig“-Erklärung ist bekannt. Sowohl Israel wie die arabische Seite, insbesondere die PLO, lehnten schroff ab. So zierte das Papier bei den Empfängern die Papierkörbe, obwohl europäische Außenminister, wie ich eben sagte, noch Jahre danach nicht müde wurden, die Worthülsen immer wieder vorzu-

tragen.

Weder Libanon-Krieg und der Rückzug Israels aus dem Libanon, weder der iranisch-irakische Krieg, weder Ägyptens oder Jordaniens verschlungene Bemühungen um Verhandlungsöffnungen mit Israel und Palästinensern haben die Europäische Gemeinschaft auf Außenministerebene zu neuen Ansätzen in ihrer Nah-Ost-Politik veranlasst. Noch nicht einmal eine Unterstützung der vor der UNO vorgetragenen Initiative des israelischen Premierministers war einigungsfähig, obwohl das Europäische Parlament mit gutem Beispiel voranging und diese Initiative ausdrücklich unterstützte. Wie uneinig man ist, zeigen die jüngsten Einlassungen des italienischen Ministerpräsidenten Craxi, als er äußerst fragwürdige, ja schlicht falsche Vergleiche zwischen nationalen Befreiungsbewegungen und der Terrorbewegung PLO herstellte. Niemand der übrigen EG-Regierungen widersprach, obwohl die Ratsmacht hierzu jede Möglichkeit hatte, formal wie auch politisch, auch die Bundesregierung schwieg – leider.

Ein anderer Fall, etwas weiter entfernt, ist Südafrika. Auch hier gibt es vielfältige verbale Erklärungen aus den letzten Jahren, aber keine gemeinschaftliche Außenpolitik. Die wirtschaftliche Interessenlage ist natürlich zu unterschiedlich. Strategische und ideologische Beurteilungen sind gleichermaßen kontrovers, obwohl alle Europäer der politische Kampf um die Abschaffung der Apartheid eint. Aber schon der Ruf nach Wirtschaftssanktionen macht gemeinsames Handeln unmöglich. Zu Recht, wie ich meine, denn wenn die EG sich anlässlich der Invasion in Afghanistan vor vielen Jahren durch die Sowjets nicht zu Wirtschaftssanktionen gegen Moskau verständigen wollte, ebenso in der Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau aus gleichem Anlass auseinander fiel, so muss man bei dem Prinzip, dass Wirtschaftssanktionen falsch sind, bleiben. Und das auch bei einem weniger mächtigen Land, wie Südafrika. Handelsboykott und Wirtschaftssanktionen nützen niemandem – im Gegenteil: Sie schaden gerade denen, denen man helfen will. In Bezug auf Südafrika gibt es also nur eine vordergründige, aber keine gemeinsame Außenpolitik von Gewicht. Ebenso wenig bei den Versuchen der EPZ in Mittelamerika – Nicaragua, Salvador –, Europa ins Spiel zu bringen. Die linksgerichteten Befreiungs- oder Revolutionsregime werden sehr unterschiedlich bewertet, und Europas Minimalkonsens an politischen Erklärungen wird von eher dürftigen finanziellen und wirtschaftspolitischen Aktionen begleitet. Dahinter steht natürlich eine tief gehende, substanzell unterschiedliche Konzeption, wie Europa sich zu den USA verhalten soll, wobei doch die meisten EG-Staaten Bündnispartner der USA in der NATO sind.

Andererseits wird Mittelamerika zweifellos von Washington und der Mehrheit der USA-Bürger als eine Art Vorhof der USA im militär-politischen Sinne seit eh und je betrachtet, und sie sagen, die Europäer würden da eigentlich, selbst bei gutem Willen, nur stören. In jüngster Zeit ist das etwas anders geworden, aber wenn sie wirklich substanzell an die Sache herangehen, ist und bleibt es, glaube ich, so, wie ich es eben dargelegt habe.

Ich komme am Schluss zu einem Vorschlag, wie es doch möglich sein sollte, eine gemeinsame Außenpolitik zu verwirklichen. Für Sachkenner – und ich sehe hier einige – enthält er keine Überraschungen, aber manches muss eben – das habe ich als altgedienter Parlamentarier gelernt – immer wieder gesagt, gefordert werden, auch ohne die Europäische Union vorher erreicht zu haben.

Wir müssen von der heute existierenden politischen Zusammenarbeit ausgehen, Verbesserungen und Verstärkungen im Rahmen einer dynamischen Perspektive schrittweise vollziehen. Warum? Weil alle Regierungen sie schließlich und endlich mittragen müssen, wenn sie wirklich als europäische Außenpolitik einmal deklariert werden kann, in Zukunft – in sechs Wochen – haben wir Spanien und Portugal mit dabei, und sie üben sich ja schon ein, indem sie als Beobachter seit etwa einem Jahr in dieser Europäischen Politischen Zusammenarbeit am Tisch sitzen und mitreden, aber natürlich noch nicht mit votieren können. Diese schrittweise vollzogenen Verbesserungen und Verstärkungen müssen dann zu präzisen Verpflichtungen führen, um sie

juristisch-vertraglich zwingend formulieren zu können. Dieser pragmatische „approach“ muss von institutionellen Schritten begleitet sein, das heißt, wir müssen auch die notwendigen Instrumente schaffen. Zu diesen Instrumenten gehört, dass man festhält, welche Sektoren und Regionen überhaupt für eine europäische Außenpolitik schwerpunktmäßig erfasst werden sollen, weil sie für uns wirklich Prioritäten darstellen, wie zum Beispiel der Nahe Osten, wie unser Verhältnis zu unserer großen – schwierigen – Schutzmacht USA, wie unser europäisches Verhältnis zu den Fragen der Sicherheit und der Abrüstung ist und wie unser Verhältnis zu dem Comecon und zur Sowjetunion sich darstellt.

In der Folge muss in der EPZ ein System eingeführt werden, wonach eine eindeutige gemeinschaftliche Mehrheitshaltung sich über ein abweichendes Votum einer Minderheit hinwegsetzen kann. Das bedeutet nicht die Frage einer Mehrheitsentscheidung per se, das heißt hier vier oder fünf, die sagen, so möchten wir es gern, und sechs, die sagen, nein, so wollen wir es nicht, sondern eine europäische Mehrheitsentscheidung, eine gemeinschaftliche außenpolitische Mehrheitsentscheidung muss über die nationalen außenpolitischen Interessen eines oder mehrerer Mitgliedsländer bei einer Abstimmung sich durchsetzen können und ein abweichendes Votum einer Minderheit in diesem Falle unberücksichtigt lassen für die Aktionen, die auf europäischer Seite dann zu folgen haben.

Es müssen weiterhin regelmäßige und organisierte „Kanäle“ sowohl mit den USA, mit Japan und anderen der Europäischen Gemeinschaft benachbarten Ländern geschaffen werden. Zu diesem Zwecke sollte man den sechsmonatigen Vorsitz in der EPZ in einen mindestens zwölfmonatigen umwandeln, um ihm die notwendige Effizienz zu verleihen, auch – ich unterstreiche das nochmals – weil Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr voneinander zu trennen sind.

Schließlich müssen die eigentlichen Verfahren der EPZ ausgebaut und verstärkt werden, das heißt, die Struktur. In erster Linie – und das ist keine neue Forderung – ein Sekretariat, man kann es nennen, wie man will, eine Stelle, die ein Zentrum zur Vorbereitung von Entscheidungen der EPZ darstellt, dem Europäischen Rat verantwortlich ist, administrativ aber den bestehenden Institutionen der EG verbunden wird, das heißt innerhalb der Europäischen Kommission arbeitet. Wir können nämlich keinen neuen politischen Generalsekretär neben dem Kommissionspräsidenten und der Kommission gebrauchen, sondern einen, der dem Präsidenten der Kommission nachgeordnet ist und seine politischen Aufgaben dem Rate zuarbeitet, sozusagen als ein Kommissar unter den vielen wichtigen, die wir jetzt haben, aber herausgehoben wegen der besonderen Bedeutung der außenpolitischen Zusammenarbeit. Zu gegebener Zeit muss die politische Zusammenarbeit zu einer europäischen Diplomatie führen, die diesen Namen wirklich verdient.

Dies kann wahrscheinlich nur in dem Maße erreicht werden, wie stufenweise die wirtschaftlichen, die monetären, technologischen, sozialen Strukturen errichtet werden als Ergebnis der laufenden Regierungskonferenz in Luxemburg beziehungsweise einer wahrscheinlich werdenden Folgekonferenz im nächsten Jahr.

Obwohl ich, meine Damen und Herren, nicht zu den Optimisten gehöre, was Europas Einigung in einer Politischen Union anlangt, glaube ich, dass die gegenwärtige politische Lage günstig ist, weil die weltpolitischen Herausforderungen keine Wahl lassen und die meisten Mitgliedsstaaten, insbesondere die großen, sich darüber klar geworden sind, dass ihr Einfluss in der Welt – der britische, der französische, der italienische, der deutsche, vielleicht auch der von Griechenland, obwohl es nicht zu den großen gehört – es ihnen nicht mehr erlaubt, anders aufzutreten und einen Einfluss auszuüben, national, sondern nur von einer gemeinsam vertretenen Position der europäischen Partner aus eine wirkliche Gewichtung, ein wirklicher Einfluss ausgeübt werden kann.

Wachsender Einfluss auf die Weltpolitik zieht Übernahme von mehr Verantwortung nach sich und den politischen Willen zur Einigung, zur Führung und zur Leistung. Ein Anspruch, an den sich die öffentliche Meinung in vie-

len europäischen Ländern zweifelsohne noch nicht gewöhnt hat.

Lassen Sie mich noch einen Satz hinzufügen: Ich meine, dass vor allem die Regierungen und die nationale Bürokratie sich daran gewöhnen müssen. Denn die Letzteren, nämlich die nationalen – zusammengefasst: europäischen – Beamten und hohen Bürokraten sind die eigentlichen Bremser und Blockierer.

Gerade in diesen Tagen, in denen wir im Europäischen Parlament – heute und an den vergangenen Tagen – das europäische Budget für 1986 in einer harten Auseinandersetzung mit dem Rat verhandeln, ist dieses offenbar geworden. Wieder einmal haben wir feststellen müssen, dass der Fortschritt in eine europäische Zukunft unangemessen behindert wird in einer Weise, die für Normalmenschen unverständlich ist. Nämlich der Haushalt – schließlich das „Hauptbuch“, nach dem sich alles entwickeln soll, und nicht einmal nur auf die Außenpolitik, sondern auch auf die Finanz-, Wirtschafts-, die Sozial- und die Technologiepolitik bezogen – ist vom Ministerrat, sprich: von der Ministerialbürokratie – da sich die Minister ja kaum haben unterrichten lassen können und meistens auch nicht das verstehen können, was da geschrieben steht; und das ist auch sehr schwierig, wenn man sich nicht wirklich damit beschäftigt –, das EG-Budget ist vorgelegt worden für das Jahr 1986, nimmt aber finanziell nicht Kenntnis davon, dass der Europäischen Gemeinschaft vom 1. Januar 1986 an zwei neue Mitgliedsstaaten angehören werden.

Wie drückt sich das aus? Es drückt sich so aus, dass Spanien und Portugal – und besonders das letztere Land, das im europäischen Blickwinkel ja nun wirklich nicht zu den Reichen, sondern zu den Schwachen und Armen gehört – zu den Nettozahlern in der Gemeinschaft werden, dass sie 1,6 Milliarden DM für 1986 als Eintrittskarte bezahlen müssen, weil die Ministerialbürokraten und die Minister nicht darüber nachgedacht haben, was eigentlich geschieht, wenn sie einen solchen Haushalt aufstellen.

Das ist unter anderem der große Streit zwischen uns, denn wir sagen den Außenministern, einschließlich unserem bundesdeutschen Außenminister, sie seien – seit acht Jahren – die großen Rufer gewesen, Spanien und Portugal müssten dazukommen, und in dem Augenblick, indem sie dazukommen sollen, verweigern die Minister den neuen Mitgliedsländern die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung, die sie haben müssen, damit es sich für sie lohnt, überhaupt am 1. Januar anzufangen.

Ich hoffe, ich war nicht zu pessimistisch, sondern realistisch. Trotzdem glaube ich weiterhin an Europa. Sonst würde ich nicht in Straßburg und in Brüssel arbeiten. ■